

Antrag

des Abgeordneten Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN

Lage in Panama

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag sieht mit Sorge die wachsende Einmischung der Regierung der Vereinigten Staaten in die inneren Angelegenheiten der Republik Panama.

Die wirtschaftliche und soziale Krise in Panama, die inzwischen zur politischen geworden ist, geht im wesentlichen zurück auf eine vom Internationalen Währungsfonds erzwungene Wirtschaftspolitik, die nach bekanntem Muster Löhne und Gehälter einfriert, die Preise für Grundnahrungsmittel und -dienstleistungen freisetzt und die Errungenschaften der arbeitenden Bevölkerung aus der Zeit der Regierungszeit von Omar Torrijos – vor allem die Arbeitsgesetzgebung und die Sozialversicherung – rückgängig macht. Hinzu kommen seit Beginn der Regierungszeit von Präsident Reagan und verstärkt seit 1985 seitens der Vereinigten Staaten die ständig zunehmenden Versuche, die Panamakanal-Verträge von 1977 zu revidieren, die Regierung Panamas von ihrer vermittelnden und friedensfördernden Rolle innerhalb der Contadora-Gruppe abzubringen und sie in den Block der gegen Nicaragua gerichteten Pseudo-Demokratien Mittelamerikas einzubinden.

Angesichts seiner wirtschaftlichen Erpreßbarkeit – Panama hat bei 2,2 Millionen Einwohnern eine Auslandsverschuldung von 4,5 Milliarden US-Dollar – droht Panama als Zielscheibe immer offenerer Interventionsdrohungen durch die Vereinigten Staaten die vollständige Einbeziehung in die von den Vereinigten Staaten ausgelöste Krise in Mittelamerika.

Der Deutsche Bundestag lenkt daher die Aufmerksamkeit der Bundesregierung auf die Zuspitzung der Lage in Panama und fordert sie auf,

- gemeinsam mit den EG-Partnern den Wert der Kanalverträge von 1977 zu unterstreichen und ihre Bereitschaft zu erklären, an der Verteidigung dieser historischen Errungenschaft gegen Revisionsversuche mitzuwirken;
- gemeinsam mit den EG-Partnern die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Republik Panama durch die Vereinigten Staaten zu verurteilen;

- gemeinsam mit den EG-Partnern die für Verhandlungslösungen in Mittelamerika positive Rolle innerhalb der Contadora-Gruppe zu unterstreichen und die Regierung Panamas in dieser Rolle zu bestärken;
- gemeinsam mit den EG-Partnern auf die Regierung Panamas einzuwirken, die vom Internationalen Währungsfonds diktierte Wirtschaftspolitik zu korrigieren, die demokratische Öffnung zu verwirklichen, die Menschenrechte zu achten und den Dialog vor allem mit den Opfern der verfehlten Wirtschaftspolitik, der arbeitenden Bevölkerung und ihren Organisationen, zu suchen.

Bonn, den 1. März 1988

Volmer

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion